Die Einwanderungsgesellschaft nach Hanau

Gemeinsam gegen Rassismus

Ferhat Ünvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nessar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Vili Viorel Păun, Gabriele R., Kevin S., Lana L., Walter Lübcke – sie alle wurden in den vergangenen zwölf Monaten aus rassistischen und rechtsextremen Motiven getötet. Ihre Namen vergessen wir nicht. Sie müssen uns Mahnung und Auftrag zugleich sein.

> Belit Onay und Filiz Polat

Deutschland hat ein Rassismusproblem – und das nicht erst seit Hanau, Halle oder dem Mord an Walter Lübcke. Rassismus bedroht Menschenleben. Es ist wichtig zu verstehen, dass Rassismus nicht erst mit Gewalt anfängt. Rassismus beginnt da, wo Menschen beispielsweise aufgrund ihres Aussehens, ihrer vermeintlichen Herkunft oder einer Religionszugehörigkeit anders behandelt, ausgegrenzt oder diskriminiert werden.

Viele Menschen wissen überhaupt nicht, wie gegenwärtig der Rassismus in unserem Alltag ist. Die Frage „Wo kommt ihr eigentlich her?“ ist der Klassiker. Die Antwort, Bramsche oder Goslar, provoziert oft Ungläubigkeit oder die Nachfrage „Woher denn wirklich?“. Alltagsrassismus hat viele Gesichter, der freibleibende Sitzplatz im Bus, die Zurückweisung an der Disko-Tür, die Affenlaute im Stadion oder die wohlwollende Kommentierung unserer Deutschkenntnisse.

Das Problem erkennen

Rassismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich quer durch unser Land, quer durch unseren Alltag zieht. Es ist an der Zeit, das Problem an der Wurzel zu packen. Wir brauchen eine gesamtgesellschaftliche Strategie gegen Rassismus, die alle Ebenen mitdenkt und miteinander verzahnt. Rassismus wurde in Deutschland zu lange ignoriert und nur dem rechten politischen Rand zugeschrieben. Das ist eine fatale Fehleinschätzung.

Diskriminierungen und Rassismus erkennen, heißt zuallererst die Vorurteile und Rassismen in uns selbst und in unseren gesellschaftlichen Strukturen zu verstehen. Dazu gehört auch, die Folgen von (Mehrfach-)Diskriminierung stärker in den Blick zu nehmen. Subtile Signale, verbale oder gar gewaltverbundene Erfahrungen haben tiefgreifende Auswirkungen auf die Betroffenen und unsere Gesellschaft. Deshalb bedarf es einer systematischen Bestandsaufnahme, basierend auf einer gemeinsamen Definition von Rassismus und dessen unterschiedlichen Erscheinungsformen und Folgen.

Diskriminierung bekämpfen

Denn erst wenn wir als Gesellschaft die verschiedenen Rassismen und Machtstrukturen erkennen und verstehen, können wir rassistische Diskriminierung effektiv bekämpfen. Aber auch beim Diskriminierungsschutz gibt es noch großen Nachholbedarf. Die Konstruktionsfehler des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) müssen endlich behoben werden, um aus dem zahnlosen Tiger ein scharfes Schwert zu machen. Wir brauchen ein AGG, das Betroffene in der Durchsetzung ihrer Rechte wirkungsvoll unterstützt und echten Rechtsschutz ermöglicht. Der Zugang dazu muss für Betroffene so einfach und schnell wie möglich gewährleistet werden. Deshalb sollte ein flächendeckendes Netz an Antidiskriminierungsstellen in den Kommunen selbstverständlich sein.

Deutschland ist ein Einwanderungsland, doch die Leistungen der Einwanderungsgesellschaft werden zu wenig gewürdigt und anerkannt. Das spiegelt sich auch in der mangelnden Repräsentation und Teilhabe von Menschen mit Rassismuserfahrung wider, vor allem auf kommunaler Ebene gibt es hier noch großen Nachholbedarf.

Antirassismus in der Bildungsarbeit verankern

Unsere koloniale Vergangenheit ist ein prägender Bestandteil unserer Geschichte und wir müssen uns kritisch mit ihr befassen. Vielfältige Perspektiven auf die deutsche und europäische Geschichte und Gegenwart gehören in unsere Lehrpläne.

Noch viel zu unbeachtet ist dabei das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ mit bereits bundesweit über 3.000 Schulen. Es engagiert sich für ein nachhaltiges und strukturell verankertes rassismuskritisches Bewusstsein bei SchülerInnen und Lehrenden. Die Politik kann das Netzwerk auch unterstützen, indem beispielsweise BürgermeisterInnen oder LandrätInnen eine Patenschaft übernehmen und so dafür werben. Davon profitiert die gesamte kommunale Gemeinschaft.

Aber auch abseits der Schulen müssen wir Bildung vorantreiben. Politische Bildung über die Grundwerte unserer Demokratie, Antirassismus und Strategien gegen Rechtsextremismus sind für uns

integraler Bestandteil des lebenslangen Lernens. Hier braucht es gezielte Förderung – insbesondere in strukturschwachen Regionen. Dabei gilt es die Expertise der MigrantInnorganisationen und des Netzwerkes „Neue deutsche Organisationen“ zu nutzen, diese Organisationen einzubinden und zu fördern.

Kommunale Sicherheitspartnerschaften aufbauen

Ob im ländlichen Raum oder in den Ballungszentren, ReichsbürgerInnen und rechtsextreme Gruppen kann es überall geben, oft ohne unser Wissen. Das ist eine Gefahr für unsere Demokratie, aber zuallererst für People of Color, Schwarze, JüdInnen, Menschen mit Romno-Hintergrund oder Muslime. Die jüngsten Anschläge haben schmerzlich bewiesen, dass rassistische und rechtsextreme Anschläge in jedem Ort geschehen können. Doch was heißt das für euch in den Kommunen?

Wir halten es für dringend erforderlich, kommunale Sicherheitspartnerschaften aufzubauen und existierende weiterzuentwickeln, um verschiedene Akteure vor Ort zu vernetzen. Sie können als Frühwarnsysteme dienen und dazu beitragen, dass rassistische und rechtsextreme Kriminalität eingedämmt wird.

Durch den regelmäßigen Austausch lässt sich das Schnittstellenmanagement zwischen Sicherheitsbehörden auf Landesebene, Versammlungs- und Waffenbehörden auf kommunaler Ebene sowie der Zivilgesellschaft verbessern. Juristische Beratungsangebote beispielsweise von Landespräventionsräten oder entsprechend versierten zivilgesellschaftlichen Organisationen können Kommunen unterstützen, beispielsweise wenn Rechtsextremisten Immobilien erwerben oder Festivals organisieren. Die kommunalen Präventionsräte müssen Maßnahmen zur Verhütung von rassistischer und rechtsextremer Kriminalität entwickeln und koordinieren. Städte, Kreise und Gemeinden können hier einen essentiellen Beitrag im Kampf gegen rassistische und rechte Gewalt leisten.

Foto: Indeedous / Wikimedia Commons (Lizenz CC BY 2.0)

Wir müssen miteinander offen reden und endlich handeln

„Ich habe meinen Vater verloren, wir haben unsere Familienangehörigen verloren. Lasst uns verhindern, dass das auch anderen Familien passiert. Wir alle gemeinsam zusammen, nur das kann die Lösung sein.“

Dieser bewegende Appell von Semiye Simsek, deren Vater Ismail Yozgat vom NSU ermordet wurde, geht uns nicht aus dem Kopf. Ihre Worte haben in den letzten acht Jahren nicht an Wichtigkeit und Aktualität verloren. Denn München, der Mord an Walter Lübcke, Halle und Hanau folgten. Das muss endlich aufhören! Deshalb müssen wir offen über Rassismus in unserer Gesellschaft sprechen, die Folgen von Rassismus ernsthaft reflektieren und Maßnahmen dagegen entwickeln. Rassismuskritik tut nicht weh, Rassismus aber umso mehr.

Daher unser Appell an euch: Wir DemokratInnen, ob in den Kommunalparlamenten oder im Bundestag, müssen zusammenhalten und konsequenter und systematischer gegen Hass, Entmenschlichung und Rassismus vorgehen. Es ist unser Auftrag, ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem sich alle Menschen sicher fühlen. Wir müssen die Leistungen der Einwanderungsgesellschaft würdigen und Diversität nicht nur als Realität, sondern als Stärke anerkennen. Erst dann wird das Versprechen einer pluralen Demokratie eingelöst.

> Belit Onay (Bündnis 90/Die Grünen) ist Oberbürgermeister der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.

> Filiz Polat ist Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik der bündnisgrünen Bundestagsfraktion.

Der Beitrag basiert auf einem Forderungspapier von Filiz Polat MdB, Aminata Touré MdL, Berivan Aymaz MdL und Belit Onay, das im Vorfeld des Integrationsgipfels 2020 veröffentlicht wurde. PDF auf filiz-polat.de: https://gruenlink.de/1qhb